

Dresdner Volkszeitung

Postkontos: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnold, Dresden und Säch. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Messdorf und Dresden-Altkath.

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn in der 47. Woche vom 17. November bis 23. November 1923 120 Milliarden M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 125 Milliarden M. Einzelnummer 120 Milliarden M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10. Tel. 25 291. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreis: die 20 mm breite Normalzeile 30 Pf., die 90 mm breite Familienanzeigenseite 100 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 und 120 Pf. Familienanzeigenseiten- und Briefgeschäfte 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 269

Dresden, Montag den 19. November 1923

34. Jahrg.

Endkampf im Westen

Als die französischen und belgischen Militärs im Januar dieses Jahres ins Ruhrgebiet einmarchierten, ergingen aus dem Reich in das neuverlegte Gebiet endlose Rufe der Treue, die in allen Kreisen des Ruhrgebietes Aufnahme fanden und mit Gegenversicherungen belehrt wurden. Aber schon nach wenigen Wochen des Widerstandes zeigte sich, daß für die maßgebenden Berliner Stellen sowie für Handel und Industrie im besetzten Gebiet diese Treue kein Hindernis war, sondern ein willkommenes Werkzeug. Die Arbeiterbewegung in aller Konsequenz bewußt gelassen ist. Das Treueergebnis der Reichsregierung wäre nur als solches zu werten gewesen, wenn sie es auch verstanden hätten, praktisch ihre Treue durch die Tat zu beweisen. Aber weder sie noch Handel und Industrie haben das getan, was sie gemeinsam verpflichtet gewesen wären. Die einen forderten keine weitgehenden Opfer des Festes, während die andern selbstverständlich nicht bereit waren, diese Opfer freiwillig zu bringen. So mußte der passive Widerstand in seiner Wirkung ebenso verloren gehen, wie der tragische Ausgang des Krieges dank dem mangelnden Rationalgefühl und der fehlenden Opferfähigkeit der besetzten Schichten und der Kurzsichtigkeit der kaiserlichen Regierungen nicht zu verhindern war. Innerhalb wäre selbst nach dem Abbruch des passiven Widerstandes noch manches zu retten gewesen, wenn nicht innerpolitische Rücksichten die Außenpolitik Stresemanns bestimmt hätten, wenn jene Politik getrieben worden wäre, die dem Treueergebnis auch praktischen Wert gegeben hätte. Darauf hat man verzichtet und ebnete so jenen Vorkriegsbedingungen im Rheinland den Weg, die sich heute überall aus politischen, d. h. prinzipiellpolitischen Gründen breitmachen und die eifrige Förderung des Herrn Tirard in Koblenz erfahren.

Durch die nach dem Verzicht auf den passiven Widerstand erfolgten Unterlassungsmaßnahmen des Reichskanzlers Stresemann als Außenminister war die Bevölkerung des Ruhrgebietes gezwungen, selbständige Verhandlungen zur Wiederherstellung produktiver Verhältnisse zu führen. Einzig und allein konnten mit Herrn Tirard verhandelt und dadurch wurde eine geschlossene deutsche Aktion zur Rettung des Rheinlandes von vornherein verhindert. Die französischen Unterhändler haben es verstanden, die deutschen Einzelaktionen für die Ziele der Politik Voicars geschickt auszunutzen. Sie verhielten sich auf Befehl von Paris einen schnellen Abschluß der Verhandlungen mit der Absicht, dadurch die deutsche Widerstandskraft mehr und mehr zu lähmen und schließlich die Reichsregierung außerstande zu setzen, weiterhin die Unterhändler für die Erwerbssachen und Sozialrentner zu zahlen. Bezeichnenderweise gab und gibt es innerhalb der Regierung Stresemann heute noch Kräfte, die durch ihre sonderbare Auffassung über die Behandlung der besetzten Gebiete diese Bestrebungen gefördert haben. Statt die letzten Anstrengungen zur Rettung des Ruhrgebietes durch steuerpolitische Maßnahmen, die zweifellos möglich gewesen wären und noch möglich sind, zu machen, geben sie schließlich dem Druck der französischen Politik nach, indem vor der ganzen Welt eingestanden wurde, daß Deutschland nicht länger in der Lage ist, die Unterhändler für die besetzten Gebiete zu zahlen. Die Unterbrechung der Verhandlungen in Düsseldorf ist nicht zuletzt auf dieses Eingeständnis zurückzuführen, wie auch die französischen Bestrebungen auf Wiedereinführung der Militärkontrolle in Deutschland sowie die Absichten Frankreichs, die Rückkehr des Kronprinzgen zum Anlaß weiterer Maßnahmen zu nehmen, nur im Zusammenhang mit dem Ziel zur Verwirklichung eines autonomen Staates im Westen Deutschlands zu betrachten sind. Die Bemerkungspolitik von Eubem mit militärischen Mitteln und ihre spätere Ergänzung durch jene kulturwidrige wirtschaftliche Obstruktion wird neuerdings durch allgemeine politische Demasnahmen verstärkt. Damit ist die letzte Etappe auf dem Wege zur endgültigen Gestaltung eines autonomen Rheinlandes erreicht.

Die Verhandlungen des Fünfzählerausschusses, die am Sonnabend in Berlin wieder aufgenommen und am Montag fortgesetzt werden können, deshalb unter den obwaltenden Umständen nur den Sinn haben, der mit allen Mitteln verfochtenen Politik Voicars nach Möglichkeit den Wind aus den Segeln zu nehmen. Aber wie die Verhältnisse heute liegen, betrachten wir selbst die jetzt beabsichtigte Aktion gegen die französische Politik in den besetzten Gebieten als in ihrer Wirkung verfehlt, weil Frankreich die deutsche Schwäche offenkundig geworden ist und stark genug sein dürfte, sie in jeder Beziehung zu seinen Gunsten auszunutzen. Durch die unbedachte Verfügung, aus finanziellen Gründen die Zahlungen für das Ruhrgebiet einstellen zu müssen, hat die Regierung die von einzelnen Ministern seit Monaten verfolgte verwerfliche Politik gefördert, aber gleichzeitig auch Voicars den Fingerzeig gegeben, alle Gegenmaßnahmen, ob sie aus der Anstrengung selbst stammen oder von wem sie auch kommen mögen, auf kurz oder lang zu durchkreuzen. Welchen Gang aber auch die Entwicklung nehmen mag, solange die Reichsregierung im übrigen Deutschland Unterhändler an die Erwerbssachen und Sozialrentner zahlt und ungeheure Summen für die Länderregierungen erwirbt, so lange ist es ihre Pflicht und Schuldigkeit, auch für das Ruhrgebiet und Rheinland zu sorgen. Denn noch sind die Bewohner der besetzten Gebiete deutsche Staatsangehörige und wir hoffen, daß sie sich selbst, wenn die Zeit kommen sollte, in der sich die von der Sozialdemokratie mit aller Energie bekämpfte Reichspolitik zum Schaden Deutschlands auswirkt, als autonome Rhein-

länder" dennoch im Sinne einer wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands handeln werden.

Der Plan eines Zweckverbandes

Die Reichsregierung gibt bekannt: Das Reichskabinett hat beschlossen, eine Regelung zu treffen, die dem besetzten Gebiet gewisse Vollmachten zur Durchführung der wirtschaftlichen Formen gibt. Es soll unter den von der Beziehung betroffenen Landesstellen ein Zweckverband auf der Grundlage einer erweiterten Selbstverwaltung gebildet werden, der von sich aus alle notwendigen wirtschaftlichen Maßnahmen während der Zeit der Okkupation treffen kann. Damit bleibe der Zusammenhang mit dem Reiche und den Ländern gewahrt, während dem besetzten Gebiet andererseits jede Bestimmung in allen wirtschaftlichen Fragen gelassen werde. Der Fünfzählerausschuss wird am Montag darüber beschließen.

Eine Schlacht mit den Separatisten

Königswinter, 17. November. Der angekündigte Sturm der Separatisten auf die Siebenbürgs-Osteile geht mit einem Vorstoß auf Konop eingeleitet worden. Selbstschutzorganisationen stellen sich den Vandalen entgegen, wobei es zu blutigen Gefechten kam. In der Gegend von Königsberg ist es zu einer förmlichen Schlacht gekommen. 14 Soldatensoldaten wurden dabei getötet. Die Bevölkerung hatte zwei Schwerkranke, von denen einer inagewissen gestorben ist. Die Vandalen haben sich in die Nähe des Leberges zurückgezogen.

Die Schritte der Entente

Amtliche englische Aufklärung

London, 17. November. Amtlich wird gemeldet: Die Völkerkonferenz tritt in Paris zu einer neuen Sitzung zusammen, um ihre Diskussion über die Rückkehr des Kronprinzgen nach Deutschland und über die Weigerung Deutschlands, die Sicherheit der internationalen Militärkontrollkommission während ihrer Inspektionsarbeit zu gewährleisten, wieder aufzunehmen.

Seit dem Beginn der Ruhrbesetzung durch Frankreich und Belgien sind die Arbeiten der Kommissionen soweit wie möglich für alle Verbündeten nur von englischen und italienischen Offizieren ausgeführt worden. Frankreich hat seine Verbündeten ersucht, wegen der Weigerung der deutschen Regierung, die Sicherheit der alliierten Offiziere nach der vollen Wiedereinnahme der Kontrolltätigkeit zu garantieren, neue Strafmaßnahmen zu verfügen. Während die englische Regierung durchaus anerkennt, daß die deutsche Zentralregierung nicht überall Herr im ganzen Reiche ist und die Notwendigkeit zugeht, diese Tatsache mit in Rechnung zu stellen, so ist doch kein Grund vorhanden, zu denken, die englische Aufsicht über die letztendlichige Bedeutung der Militärkontrolle in Deutschland habe sich irgendwie geändert oder gar abgeschwächt. Obwohl die englische Regierung anerkennt, daß Deutschland durch verschiedene Ursachen in einen besagten inneren Zustand ge-

trieben worden ist, hält sie trotzdem selbst im gegenwärtigen Augenblick gegenbeine Form von Kontrolle für durchaus angebracht, und die volle Kontrolltätigkeit muß nach englischer Ansicht sobald wie möglich wieder aufgenommen werden. Der Bericht, daß die deutschen Militärs ihre Aktivität vermindern werden, wußt immer mehr, während die Rückkehr der englischen Regierung etwas geändert, wonach die Rückkehr des Kronprinzgen nach Deutschland als außerordentlichem Maß betrachtet und Deutschland die Verantwortung für alle daraus entstehenden Folgen übertragen werden muß.

Auch die Nachrichten, nach denen die englische Regierung mit Bezug auf die Rückkehr des deutschen Kronprinzgen nicht dieselbe brautische Politik einschlagen will, wie die französische, berechtigen nicht zu der Auffassung, als habe sich an der Ansicht der englischen Regierung etwas geändert, wonach die Rückkehr des Kronprinzgen nach Deutschland als außerordentlichem Maß betrachtet und Deutschland die Verantwortung für alle daraus entstehenden Folgen übertragen werden muß.

Keine Verständigung über die Maßnahmen

Paris, 18. November. Um eine Verständigung über die zu ergreifenden Schritte gegen Deutschland zu ermöglichen, hatte England ersucht, die Sitzung auf Montag zu verschieben. Der Kampf meldet aber, daß die Völkerkonferenz ihre Beratung über die Frage der Rückkehr des Kronprinzgen und der militärischen Lebenshaltung ohne Angabe eines Termines verschoben hat, weil eine Verständigung unter den Verbündeten bisher nicht zu erzielen war. England wolle nur Protestation, während Frankreich auf Sanktionen, neuen Forderungen usw. beharre. Andre Mitteilungen behaupten, wenn England neue Strafmaßnahmen ablehne, werde sie Frankreich allein ausführen — als erstes die Besetzung Straßburgs.

Italien geht mit England

Rom, 17. November. Ministerpräsident Mussolini erklärte im Senat, die italienische Regierung würde eine weitere Besetzung deutschen Gebietes nicht billigen können. Man müsse den Rat haben, zu sagen, daß das deutsche Volk noch am Leben sei; 61 Millionen Einwohner befänden sich auf dem Gebiete Deutschlands und weitere Millionen in Oesterreich und anderen Ländern. Man könne und dürfe nicht daran denken, dieses Volk zu vernichten. Die Richtlinien der italienischen Regierung sind:

1. Verabschiedung der deutschen Schuld auf eine vernünftige Ziffer und infolgedessen entsprechende Herabsetzung der interalliierten Schulden;
 2. ein genügend langes Moratorium für Deutschland außer für die Reparationen in natura;
 3. Ergreifung von Sanktionen und Garantien (die deutsche Regierung ist, fügt Mussolini hinzu, geneigt, sie zu geben);
 4. Abnennung des Ruhrgebietes nach Erlangung der Sanktionen und Garantien;
 5. keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands, aber moralische und politische Unterstützung einer Regierung, die die Ordnung im Reiche wiederherstellt und Deutschland zur finanziellen Gesundung führt;
 6. keine Veränderung territorialer Art.
- In den Fragen der militärischen Kontrolle und der Rückkehr des ehemaligen Kronprinzgen sind Italien und England einig. Die Forderung nach Auslieferung des Kronprinzgen sei irrig. Die italienischen Vorschläge entsprechen der Gerechtigkeit.

Neue Münchner Butschpläne

SPD. München, 17. November. (Fig. Draht.) In den letzten Tagen machten sich wieder die Gerüchte, die von einer neuen Aktion der Träger des Butsch vom 8. November wissen wollen. Das ist aber nicht sehr wahrscheinlich, da die bekannten militärischen und politischen Führer des Kampfbundes, soweit sie nicht geflohen sind, sich in Haft befinden. Dazu gehört seit Freitag auch der im Ministerium nahe feierzeit als Justizminister amtierende Dr. Roth, der vor einigen Wochen aus der Weimarer Weimarer Partei ausgestiegen ist und sich offiziell Hitler angeschlossen hat. Doch er beim Butsch des 8. November nicht mit in der ersten Linie stand, ist auf den am selben Tage erfolgten Tod seines Vaters zurückzuführen. Da aber Dr. Roth, der in seinem bürgerlichen Leben die Vorzüge eines unbefähigten Ministerialrates genießt, sehr eng und aktiv mit den Butschplänen verbunden ist, wurde er aus seinem Versteck heraus in Haft genommen. Seine Butschpläne wurden bereits im September ausgearbeitet und sollten zuerst am 28. September verwirklicht werden. Das geht aus den beschlagnahmten Papieren des Kampfbundes hervor. Die Unterhändler sind von: eigenständigen Kommandeur der Diktatruppen, dem Hauptmann Wühring. Am 28. September, morgens 4 Uhr, sollte das Gebäude des Wehrkreiskommandos, das ehemalige bayerische Kriegsministerium, vom Kampfbund besetzt werden; damit sollte der Kontakt zur Diktatur hergestellt sein. Damals wurde der Kontakt verteilt durch die Einsetzung Rades zum Generalstaatskommissar am 28. September.

Eine neue Aktion der unzufriedenen noch verstreuten Hitlerorganisationen ist auch deshalb unwahrscheinlich, weil die noch vorhandenen Führer zweiten Ranges aus ihren Schlußwinkeln heraus ihre Anhängerschaft dahin zu beeinflussen versuchen, daß sich durch die Ereignisse vom 8. November die berühmte bayerische Sendung als leeres Geschwätz erweisen habe und Bayern für das schwarzweirrote Deutschland erkläre sei. Der Versuch Ehrhards, den führerlosen Kampfbund in seine Weimarerorganisation einzugliedern, ist bis jetzt erfolglos geblieben: der ehrgeliebte Weimarerleutnant wird in München in weichen Kreisen abgelehnt, auch vom sogenannten völkischen Reichsbund des berühmten Oberst von Emlander.

Die Mordorganisation als Notpolizei?!

Eine Erklärung der Brigade Ehrhardt

In der Nr. 502 der Berliner Deutschen Zeitung vom 14. November findet sich folgende T.-U.-Mitteilung aus München vom 14. d. M.:

Die Brigade Ehrhardt, Befehlsstelle Koburg teilt mit:

Von gewisser Seite werden zu den Vorgängen in München irreführende Mitteilungen in die Presse lanciert, um einen Keil zwischen Ehrhardt-Brigade und die anderen völkischen Verbände zu treiben, um dann um so sicherer die völkische Bewegung zu vernichten. Es ist unklar, daß die Brigade gegen Hitler Front gemacht habe und an der Niederämpfung der Nationalsozialisten Anteil habe. Die Brigade hat sich im Gegenteil ganz energisch gegen ein Vorgehen mit Waffengewalt gegen die Nationalsozialisten bei Nacht eingestellt und bewirkt, daß nach dem ersten unglücklichen Zusammenstoß weiteres Blutvergießen vermieden wurde. Die Brigade hat seit ihrem Bestehen sich stets für die Verwirklichung des völkischen Lebens eingestellt und sieht auch jetzt ihre wichtigste Aufgabe darin, alle Völkischen zu sammeln, um rücksichtslos den Kampf gegen Nazismus und Weimarer Verfassung durchzuführen. Nur in der Befreiung von Judentum und Börse liegt das Heil unsres deutschen Volkes.

Aus dieser Erklärung in einem publizistischen Sprachrohr der illegalen rechtsradikalen Kampfbünde wird un- widerleglich bewiesen, daß die Brigade Ehrhardt alias Organisation Consul tatsächlich in Koburg und Umgebung zusammengezogen worden ist. Die von verschiedenen Seiten, namentlich auch von militärischen Stellen in Zweifel gezogenen, ja dementierten Nachrichten über den Aufmarsch dieser berüchtigten und gemeingefährlichen Körperschaft in der Koburger Gegend werden durch die offizielle Erklärung der Befehlsstelle Koburg der Brigade Ehrhardt nunmehr voll gerechtfertigt! Gewisse Dienststellen des Reiches scheinen demnach durch bayerische Abteilungen schwer getäuscht worden zu sein, wenn sie wie auch das Stuttgarter Wehrfrei-Kommando V zu der irrigen Annahme kamen, an der bayerisch-thüringischen Grenze hände nur bayerische Landespolizei, verkleidet um ein Aufgebot von circa 2000 Mann Hilfspolizei aus der ortswässigen bayerischen Bevölkerung. Oder ist die Brigade Ehrhardt (Organisation C), gegen die seit dem bekannten Weimermorden an hervorragenden deutschen Staatsmännern (Ehrberger und Rathenau) und andern völkischen Mordverfäulern ein immer noch nicht zum Austrag gekommenes Verfahren vor Reichsgericht und Staatsgerichtshof schwelt, etwa auch in die bayerische Notpolizei eingegliedert worden? In Bayern haben sich zwar in den letzten Jahren Zustände herausgebildet, die dieses Land auf der zivilisatorischen Stufe

erschienen lassen, die in früheren Jahrzehnten nur noch ge-
wissen zentralamerikanischen Republiken zu-
kam! Das aber auch die Brigade Ehrhardt mit in die
bayerische Volkspolizei einbezogen sein sollte, würde doch wohl
allen Lächer von der außerbayerischen Öffentlichkeit mit
Stimmen beobachteten Erregungszuständen bayerischer Befehlshaber
die Krone aufsetzen.

Bayern und Schlessen

Breslau, 10. November. (Vgl. Drostbericht.) Der Militär-
befehlshaber für die Provinz Schlessen hat am Freitag das Verbot
der kommunistischen Presse aufgehoben. Weniger Zeit später wurde
für die gesamte sozialdemokratische Presse in
Schlessen ein generelles Verbot erlassen.

Der schlafende Kanzler

In einer Zentralvorstandssitzung der Deutschen Volks-
partei, an der auch zahlreiche Reichs- und Landtagsabgeord-
nete teilnahmen, hielt Dr. Stresemann am Sonntag ein
Referat über die politische Lage. Er führte u. a. aus:
Die Verhandlungen mit Frankreich mühten geführt werden,
selbst wenn man sie von vornherein für aussichtslos hielt.

Wir können unserer Wirtschaft nicht sofort aufhelfen, und
ein weitgedehntes Schließen der Arbeitslosigkeit nicht verhindern.
Krieg und Hunger können wir nicht mehr finanzieren, ohne daß das
ganze Reich zusammenbricht. Die Forderung Frankreichs, die
Kohlenlieferungen nicht unserem Reparationskonto gutzuschreiben,
sondern für „andere Verpflichtungen“ Deutschlands anzurechnen,
mühten wir unbedingt ablehnen.

In der Innenpolitik haben uns die bayerische und sächsisch-
thüringische Frage am meisten beschäftigt. Was die Zustände in
Bayern anlangt, so erhebt man von den Linken her den Vor-
wurf, es sei mit ungleichem Maße gemessen worden. Diese Ver-
hauptung trifft nicht das Mindeste. In Bayern waren Leben und
Eigentum nicht bedroht. In Thüringen waren Leben und
Eigentum nicht bedroht. In Thüringen waren Leben und
Eigentum nicht bedroht. In Thüringen waren Leben und
Eigentum nicht bedroht.

Zugewachsen ist in Bayern ein Zusammenbruch von Cha-
rakteren und Persönlichkeiten erfolgt, wie ihn wohl niemand
für möglich gehalten hätte. Es wird der Reichsregierung immer
zugerufen: Taten! Nun, dort in München waren die Tat-
menschen. Wie soll man sich aber die Politik denken, wenn sie
von solchen Tatsachen genährt wird? Was im übrigen gegen
die Persönlichkeiten des 8. November zu tun ist, das muß
Sache des Reichsanwaltes
sein.

Was die nationalen Verbände anlangt, so ist es
ganz natürlich, daß die Jugend überhäuft ist.

Soll der Reichstag aufgelöst werden oder soll das Direktorium
kommen, das sich nur auf wirtschaftliche Verbände stützt?
Vor diesem zweiten Wege warne ich. Käme die Diktatur,
so würden wir die außenpolitische Mehrheits-
scheidung, die daraus erwächst, nicht mehr tragen können.
Wir haben eine Belastung zu tragen, die uns die Vorgänge in
München außenpolitisch verurteilt.

Dann verteidigt er die Rückkehr des Kronprinzen:
Ich halte es aber doch für besser, neuen französischen Brutalitäten
als dem Vorwurf ausgesetzt zu sein, daß der letzte Deutsche aus
dem Weltkrieg noch im Ausland fern von seiner Familie weilen
muß. Man wird voraussichtlich die Forderung stellen, den Kron-
prinzen auszuliefern, und wir werden diese Forderung
selbstverständlich ablehnen.

Der Kanzler kündigte dann
Steigerung der Produktion durch Neuregelung der Arbeitszeit
an, weiter Aufhebung der Ausfuhrkontrolle, Füh-
rung von Kreditverbindungen und schloß mit einem Appell an
die Partei: sie könne von ihrem Führer das Opfer, diesen Weg weiter-
zugehen, nur verlangen, wenn er seine eigene Partei hinter sich hat.

Nach „Stürmischen, sich immer wieder erneuerndem Verlauf,
Erheben von den Plätzen und stürmischen Ovationen“ folgte die
Aussprache, deren Ergebnis seinen Ausdruck fand in einer Ent-
scheidung, in der der Zentralvorstand dem Parteiführer Dr.
Stresemann sein volles Vertrauen ausdrückt.

Die Entschiedenheit wurde mit der überwältigenden Mehrheit
von 206 gegen 11 Stimmen angenommen.

„So lange Hindenburg und Lindendorff wachen, kann
das deutsche Volk ruhig schlafen.“ So schloß der damalige
Vizekanzler Dr. Stresemann eine seiner Reden während
des Krieges. Und in diesem einzigen Punkte scheint sich der
sonst so wandelbare Herr Stresemann nicht geändert zu haben.
Denn anders ist seine Stellungnahme kaum zu erklären, als
daß er den verschiedenen außen- und innenpolitischen Dingen
gegenüber die Augen fest schließt. Wie soll man es sich sonst
erklären, daß der Kanzler der „Verständigungspositional“ wider-
standslos die gefährliche Wendung der Außenpolitik mitmacht,
die von dem neuen Innenminister Jarres getrieben wird und
unbedingt zum Bruch mit Frankreich führen muß. Wie ist
es sonst zu erklären, daß ein Kanzler, der mehr als je ein
anderer vor ihm „nationale Lüne“ anspricht, bereit ist, die
Rhein- und Ruhrbevölkerung dem französischen Imperialis-
mus preiszugeben. Nur ein Mann, der beide Augen fest
geschlossen hat, kann erklären, in Bayern wären Leben und
Eigentum nicht bedroht, während jedes Kind in Deutschland
weiß, mit welcher sinnlosen Brutalität die Faschisten in unserem
Münchener Bruderblatt gehustet haben, von den zahllosen Ver-
dröhlungen, Verfolgungen, Verletzungen von Arbeiterführern
in Bayern ganz zu schweigen.

Erwartet man wirklich noch von diesem Kanzler, der
den Parteien Mann spielen wollte, ein energisches Vorgehen
gegen Bayern, nachdem er in aller Öffentlichkeit das Recht
Bayerns verteidigt, seine alten Sonderrechte wieder zu er-
langen? Obgleich doch gerade der Kanzler des Reiches sich in
allererster Linie zum Schutze der Weimarer Verfassung be-
rufen fühlen sollte! Ja, er versucht sogar mit gewundenen
Worten die Verhinderung der Loslösung zu entschuldigen!

Gegen Bayern soll ja nun allerdings wirklich etwas ge-
schehen. Wenn auch nicht gerade von Herrn Stresemann
aus, sondern durch den Reichsanwalt, der sich „bereits“
(anderthalb Wochen nach dem Münchener Staatsstreich) mit
der Sache „beschäftigen“ will. (Gegen Kommunisten braucht
man nicht so lange Vorbereitungszeit.) Herr Stresemann
findet es weiter sehr „natürlich“, daß die Jugend in den
Nationalen Verbänden überhäuft ist. Findet er es vielleicht
auch natürlich, daß diese überhäufte Jugend ihre Wegner
ermordet, ja selbst vom Warden in ihren eigenen Reihen
nicht zurückkriecht? Findet er es vielleicht auch natürlich,
d. h. entschuldigbar, daß diese Jugend schwer bewaffnet die

Strahlen in der bayerischen Ordnungsgesellschaft beherrscht und die
arbeitende Bevölkerung terrorisiert?

Sehr merkwürdig mutet auch die Art und Weise an, mit
der Herr Stresemann die Rückkehr des Kronprinzen verteidigt.
Wir würden es für besser halten, wenn der ehemalige Kron-
prinz, der dem deutschen Volk schon genug Opfer gekostet hat,
noch ein Weichen im Ausland „trauert“, als daß man durch
seine Rückkehr das deutsche Volk der Gefahr neuer transozi-
scher Brutalitäten ausliefert. Zum mindesten hätte man das deutsche
Volk oder seine Vertreter befragen müssen, ob es geneigt ist,
um eines einzelnen, um dieses einzelnen willen, weitere
Opfer zu tragen.

Die wirtschaftlichen Fragen kamen in seinem Referat
auffällig kurz weg. Allerdings begreiflich. Denn hatte er
noch vor wenigen Wochen die Absicht, mit Unterstützung der
Arbeiterklasse zu regieren, so ist er nun geneigt, die ganze Last
der wirtschaftlichen Not auf die Schultern der Arbeiterklasse zu
wälzen. Mit kühler Geste kündigt er „eine Steigerung der

Produktion durch Neuregelung der Arbeitszeit“ an. Und die
Aufhebung der Ausfuhrkontrolle bedeutet ein weiteres Ent-
gegenkommen an die kapitalistischen Kreise, eine weitere Be-
lastung für die Verbraucher. Kein Wunder, daß der Füh-
rer einer solchen arbeitgeberfeindlichen Politik von den
Führern der Deutschen Volkspartei, d. h. von den Vertretern
der deutschen Kapitalisten, begeisterte Ovationen erhielt. Es
ist durchaus begreiflich, daß nach dieser Rede des
Reichskanzlers der schweizerische Führer der Frak-
tion der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, erklärt, daß er
nichts mehr an Dr. Stresemann auszusprechen hätte. Wir er-
warten, daß die wirklich in den Vertretern des deutschen Volkes
in der morgigen Reichstagsitzung den Kanzler nicht minder
stürmisch begrüßen werden, nur daß es ein Sturm der Ent-
scheidung sein dürfte gegen die Politik des Herrn Stresemann,
die große Teile des deutschen Volkes, die deutsche Arbeiter-
schaft, die Republik und die Weimarer Verfassung ihren Hem-
den preisgibt.

Wir und die Kommunisten

Zu unserm Artikel über die Taktik der kommunistischen
Partei in der Nummer vom 14. November sendet uns Genosse
Oskar Edel folgende Entgegnung:

Mit dem Scheitern der sozialistisch-kommunistischen Regie-
rungen in Sachsen und Thüringen ist erneut ein Problem zur
Diskussion gestellt worden, das bereits beantwortet schien: die Mög-
lichkeit, mit der K.P.D. zusammenzuarbeiten. Die sächsische Partei
hat vor Monaten Konzeptionen nach links hin als das kleinere
Uebel betrachtet. Denn sie war vor den Zwang gestellt, Kon-
zeptionen zu machen. Die Entscheidung konnte nur nach der bür-
gerlichen oder nach der kommunistischen Seite hin fallen. In dem
die Partei eine Verständigungsbasis für das parlamentarische Zu-
sammenarbeiten mit der K.P.D. anstrebte, entschied sie sich nicht
— es scheint nötig, dies zu betonen — für die Grundzüge und
Taktik der K.P.D. Die Partei gab sich nicht auf. Wohl aber
gläubte sie, daß es möglich sei, die in den kommunistischen Mitglie-
derten aufgespeicherte Energie, die sich in parteiorganisatorischer, oft
sinnloser Propaganda erschöpfte, in proletarische Kraftäußerung
umzuwandeln zu können. Dies konnte bei den parlamentarischen Ver-
hältnissen unseres Landes nur dadurch erreicht werden, daß die durch
die Wahlen vom 6. November erkämpfte proletarische Mehrheit
praktische Bedeutung in Form positiver Regierungs- und Parla-
mentararbeit erlangte. Diese positive Gemeinheitsarbeit hat sich,
alles in allem genommen, bemüht und wird eigentlich nur von
denen geleugnet, die schon immer mit aller Schärfe der Verständi-
gung mit der K.P.D. widerstrebten.

Nun aber ist ein Rückschlag jener Entwicklung eingetreten,
die diejenigen Genossen sehen, die jenseitig davon ausgingen, daß
sich auch die K.P.D. mit den Erfordernissen der Wirklichkeit ein-
schießen könne, wenn unsere Partei eine Taktik einschläge, die eine
positive Mitarbeit der K.P.D. ermöglichte und erzwänge.
Diese Genossen verurteilen die gegenwärtige Haltung der K.P.D.
nicht, sie verurteilen mit den autoritativen Gepflogenheiten der K.P.D.
insbesondere mit der, die Möglichkeiten einer sozialistischen Rän-
derregierung zu überschätzen. Die Genossen rechnen überhaupt
mit der Tatsache, daß die K.P.D. sehr oft die Situation und die
gegebenen Machtverhältnisse verfehlt einschätze, aber sie erklären:
Wer da dann, wenn es zutrifft, daß die K.P.D. Wege zu gehen
sucht, die ins Verderben führen können, ist es unsere Pflicht, uns
die Kommunisten zur Seite zu stellen, und zwar schon deshalb,
weil sie uns sonst hemmungslos und frei im Rücken ständen.

Wir müssen uns wiederum entscheiden, ob ein Zusammen-
gehen mit der K.P.D. möglich ist. Die Dresdner Volkzeitung
berichtet dies. Sie führt die außenparlamentarische
Tätigkeit der K.P.D. an, die auf einen bewaffneten Aufstand
hinauslaufe und auf „abdrücken“ der K.P.D., einen Konflikt mit dem
Reich herbeizuführen; mit dem hinterlistigen Gedanken, die sich
dann um einen Ausgleich abmühenden sozialdemokratischen Führer
des Reiches beizugehen zu können. Bemerkenswert ist es, daß sich
die Dresdner Volkzeitung auf eine kommunistische Einschätzung
bezieht, die vor der monatlangen erfolgreichen Zusammenarbeit
mit der K.P.D. gefaßt wurde. Das schon zeigt, daß die Dresdner
Volkzeitung irrt, wenn sie glaubt, daß sie mit dem Hinweis auf
kommunistische Absichten den Kern der Diskussion trifft. Ich habe
das Wesen der kommunistischen Partei in einem Artikel: „Das
Verhältnis der sächsischen Partei zur K.P.D.“ überaus nicht
unterlassen und kann aus Raumgründen auch heute nur feststellen,
daß es verfehlt wäre, in die bürgerliche Lesung zu verfallen,
jedes Problem mit dem Hinweis auf die kommunistische „Gefahr“
zu erledigen. Die kommunistischen Arbeiter zumal — und auf sie
zielt er ab — wollen zweifellos das Gute. Oft sind sie
zerende, aber besser man, wenn man sie von sich hält, wenn man
die Klust immer tiefer aufreißt, die mitten durch die Arbeiter-
bewegung geht?

Es ist unforgänglich, die treibenden Tendenzen der
Entwicklung zu übersehen, die in ganz besonderem Maße die K.P.D.
beeinflussen können. Sozialistisch ist es, diese Tendenzen zu fördern.
Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, war die Haltung der
Reichspartei gegenüber Sachsen zu verwerfen. Es ist mit Recht
immer darauf hingewiesen worden, daß die Linie der sächsischen
Politik maßgebend von der des Reichs beeinflusst werden könne.
Sachliche Politik aber ist nur ungenügend beeinflusst worden.
Das zeigte sich schon besonders anschaulich, als sich die Reichstags-
fraktion bereit fand, die große Koalition einzugehen. In Ver-
rechnung der Sachlage trieb damals die K.P.D., angeporrt durch
die verfehlte Politik der Reichstagsfraktion, eine Agitation, die die
Regierung gefährdete. Noch heftlicher wurde die Situation, als
der militärische Belagerungszustand mit all seinen Folgen
verhängt worden war. Wir waren zum politischen Protest, wir
waren schließlich zur Gegenaktion verpflichtet, aber alle
Maßnahmen blieben — das war die Tragik! — auf die harte
Tatsache, daß die Wehrmaßnahmen gegen die sächsische Arbeiter-
schaft von einer Regierung ausgingen, in der unsere Genossen
verantwortlich vertreten waren. Die gegen Sachsen verübten Provo-
kationen entbehrten der Begründung, aber der mit ihnen verbundene
Zweck ist schließlich erreicht worden. Die Regierungskoalition mit
der K.P.D. ist gesprengt worden und so bleibt es richtig, wenn
Herr Edel Einflüsse von außen als maßgebende Schuldursachen fest-
gestellt wurden.

Es bleibt ferner richtig, daß eine bemittelte Hand-
lung der K.P.D. nicht vorliegt, die uns verpflichtet hätte, die Re-
gierung mit ihr aufzugeben. Die Kommunisten haben ein
Agitationsflugblatt herausgegeben, sie haben große Worte gemacht,
aber bei allen wesentlichen Aktionen war es möglich — auch nach
der Verhängung des Belagerungszustandes — eine gemeinsame
Linie zu finden. Die Tatsachen bezeugen die Richtigkeit der Vor-
aussetzungen und Folgerungen, auf denen der Beschluß des letzten
Landesparteitages basiert.

Deshalb muß die sächsische Partei ihren Einfluß auf die
Reichspartei geltend machen, und sie muß einen gleichzeitigen Kurs
einschlagen. Wir könnten von der Reaktion lernen, Bayerns Politik
war nur möglich, weil sie in Berlin eine Rückversicherung fand.
Sachsen dagegen hatte eine solche Rückversicherung nicht. Es war
im Gegenteil von Berlin aus bedrängt und leider nicht nur vom
Bürgerium. Diese Tatsache wiegt um so schwerer, als die Reichs-
partei im eigenen wohlverstandenen Interesse die sozialistisch-
ethischen Mitteldeutschlands der Politik der Partei hätte dienbar
machen können. Die Reaktion wird immerfort auf Bayerns
Separatismus hin, um für bestimmte Handlungen und Unter-
lassungen einen Vorwand zu haben. Die Parteileitung suchte eine
solche Deckung nicht — wenn sie nicht mit ihr, die proletarischen
Vollmacht Illusionen zu machen. Das nicht eine derartige Politik,
sondern daß nur eine weit aussehende, selbständige sozialistische
Rampfsführung geeignet ist, die Partei zu fesseln, zwingend auf die
Gegner und insbesondere auch auf die Taktik der Kommunisten zu

wirken, das haben die proletarischen Niederlagen in Deutsch-
land und die sozialistischen Erfolge in Oesterreich bewiesen.

Zu den Ausführungen des Genossen Edel möchte ich be-
merken, daß wir auf die Frage, ob ein weiteres Zusammengehen
mit der K.P.D. möglich sein würde, überhaupt nicht eingegangen
sind. Wir haben uns nur mit den Ursachen befaßt, die zur
Trennung dieser beiden Parteien geführt haben. Es ist noch
unrecht, daß wir jegliches Problem mit irgendwelchem Hinweis
auf die „kommunistische Gefahr“ erledigt hätten, wie der Genosse
Edel behauptet. Daß die kommunistischen Arbeiter mit uns zu-
sammenarbeiten wollen, haben wir nie bezweifelt. Wir glauben
nur, daß sie die auf die Verwirklichung der Sozialdemokratie gerich-
tete Krisenpolitik ihrer Führer selber nicht zu durchsetzen vermögen.
Weitere Ausführungen können wir uns sparen, indem wir folgen
lassen, was das Waidauer Volksblatt über die Kommuni-
sten schreibt. Dieses Volksblatt, das sich stets für die Verwirkli-
chung der Sozialdemokratie gegenüber den Kommunisten ausgesprochen
hat und auf dem linken Flügel unserer Partei steht, gibt das Fol-
gende über die K.P.D.-Zentrale vom 20. Oktober, in dem als „erste
Hauptaufgabe“ der Kommunisten bezeichnet wird „die völlige
Loslösung der K.P.D.-Arbeiter von den jetzigen linken Führern.“
Das sagt unser Waidauer Volksblatt (wir zitieren im gleichen
Druck und mit den gleichen Hervorhebungen):

„Die von der Berliner Zentrale der K.P.D. aus-
gegebene Parole ist ein Dolchstoß gegen alle Ver-
ständigungsbemühungen, ist ein Versuch, die So-
zialdemokratie zu zerfallen und zu erschlagen, gegen den
Sinn der Abwehrkräfte der Arbeiterklasse wollen jeder So-
zialdemokrat (wo er auch steht) mit aller Entschiedenheit
wenden muß. Diese verwerbliche Berliner Parole läuft parallel
mit Anweisungen, die Sinowjew jetzt seinen deutsch-
Parteilern gibt. In einem die deutschen Verhältnisse
außerordentlich oberflächlich behandelnden Artikel „Zu
diesem 9. November“ schreibt Sinowjew (am 8. November)
in der sächsischen Arbeiterzeitung (Leipzig):

„Eines der wichtigsten Probleme, bei dem es noch Unklar-
heiten gab, ist das Problem des Verhältnisses zur Sozialdemo-
kratie, insbesondere zur sogenannten „linken“ Sozialdemokratie.
Wie sehr wir auch durch die ungenügenden Verbindungen der
Dresdner Sozialdemokraten bestraft sind, so sind wir doch noch aus
Tätigkeit gewohnt, die Sozialdemokratie für eine Arbeiter-
partei zu halten, schämen wir immer noch nicht genügend die
gegenrevolutionären Wesen ein. Aber die jetzigen
deutschen Lehren müssen genügen, um die deutschen Kommunisten
und uns alle ein für allemal von Illusionen in
dieser Richtung zu heilen.“

Sinowjew verlangt also von seinen deutschen Partei-
freunden, daß sie ihre „Tätigkeit“ beiseite tun, daß sie die
Sozialdemokraten nicht mehr als Arbeiterpartei anerkennen
und die „Illusion“ aufgeben sollen, daß sie mit der Sozial-
demokratie zusammen arbeiten können. Sinowjew sieht
hier ganz zweifellos die wesentlichsten, die wichtigsten Ver-
hältnisse nur durch seine russische Brille, er scheint wirklich
zu glauben, daß die Kommunisten in Deutschland gegen die
Sozialdemokratie alles machen und durchsetzen können. Aus
diesen Gründen wohl auch kommt er in seinem Artikel zu
folgender Schlussfolgerung:

„Die politische Hauptaufgabe unserer Tage besteht darin,
den Einfluß der K.P.D. endgültig zu liquidieren,
der rechten wie der „linken“, und damit den Weg für den Sieg
der Arbeiter freizumachen.“

Da haben wir schließlich auch noch ein Wörtchen mitzu-
reden und solange die Kommunisten die Frage der Einheits-
front so behandeln, wie das hier von Sinowjew vorgezeichnet
wird, wird ein Zusammenarbeiten zwischen K.P.D. und
K.P.D. nicht möglich sein.

Weiter haben auch die sächsischen Kommunisten die
Parole Sinowjews und der Berliner Zentrale aufgegriffen
und trommeln erregt gegen die „linken“ Führer der Sozial-
demokratie los.

Und noch deutlicher wird der Kampf in einer in der
gleichen Nummer abgedruckten Vorbemerkung zu einem Levi-
Artikel, indem es u. a. heißt:

„Es ist nun unsere Aufgabe, den D.-S.-P.-D.-Ar-
beitern zu beweisen, daß die Bezirksführungen nicht
minder verlorren haben, als die Zentrale. Die sozialdemo-
kratischen Arbeiter selber müssen sich die Führung
er kämpfen, um in erster Kampfbereitschaft mit der
K.P.D. endlich jenen Weg zu beschreiten, den die Lage
immer dringlicher erheischt.“

Wohlgemerkt die Aufgabe der linken Führer, Loslösung
der K.P.D.-Arbeiter von der Sozialdemokratie. Eingelie-
derung der enttäuschten Genossen in die K.P.D. und so Her-
stellung der Einheitsfront durch Verschla-
gung der Sozialdemokratie.

Die Kommunisten sollten endlich aus den Erfahrungen
der nachrevolutionären Zeit gelernt und begriffen haben, daß
die Einheitsfront der Arbeiter nicht durch die Zer-
stückelung der einen Partei, sondern nur durch eheliches,
offenes Zusammenwirken der schlagkräftigen Arbeiterparteien
erreicht werden kann. Darum wenden wir uns gegen die
Einheitsfront unmöglich machenden Treibereien der Kom-
munisten und fügen ihnen, ganz gewiss im Namen der ge-
schlossenen hinter dem Waidauer Bezirksvorstand stehenden
sozialdemokratischen Arbeitermassen: daß
wir nach wie vor zur Einheitsfront, zum gemeinsamen
Kampfe aller Arbeiter gegen die gegenrevolutionäre Ge-
fahr bereit sind, daß das aber nur möglich ist, wenn die Kom-
munisten über dummen Schimpfereien gegen unsre Partei be-
reite sind, wenn sie den Versuch, in unsre Parteianglegen-
heiten hineinzuwirken, aufgeben und den Beweis für ein eh-
liches und offenes Zusammenarbeiten auf einer realen ver-
ständigen Basis erbringen.

Wir unterschreiben das hier vom Waidauer Volksblatt
Gesagte Wort für Wort!

Montag
Die
finstlichen
über mit
schönlich
General a
unter guten
Stellen in d
Stellung bei
überwacht.
Seel,
Grundzüge
Schäpinger
die Genera
militärische
haltung, de
nals Bode
die Anordn
alle Per
Entschlieun
gültigpoli
Ordnung im
Stellen in d
eigentümlic
süßer alle
bestellung
gebaut wur
nig hielt,
Wohnzime
In es
aus behau
aus gegen
gen haben.
Die
möglich sel
In
giant:
Bis
Reide wird
nach Sochi
hat verfall
Dienstleist
Für
zu beh
sein.
Wle
während ih
beamt.
polizeib
Einfle
Militärsch
Körperliche
unter 1.66
Gewalt
früheren D
Berberste
Dienstgrad
und ärztlic
lebenden
Melba
hamben für
Schonplatz
Polizeigeb
präbium
(181);
Körne des
polizeigebä
Wang
leiser;
Bei der M
Stützpolize
Lebenslauf;
führungsbe
bede so
lediglich.
Zel
Eben
ellung, daß
Sonnabend
ja, da geht
zur
20. Novem
an den Re
Schon
nicht viel
der Staatsb
Wenige un
Gegen diese
Einpruch
ist das gleic
der Veröffe
ner, der in
zwischen d
zu arbeiten
die benötig
Da möglic
stehen, für
Kommern
und dem W
nicht einmal
gedrachte M
scheinlich die
bestimmte W
die Wältig
die häufig
deutungslos
zum mindest
Hren Schaff
Will
Nimmung fr
Sparmach
noch weiter.
Liden Wüde
Unmöglichkeit
darauf richt
noch über
längern.
und Heilmu
um Gesam
auf die Art
Telegraphie
abaut.
Ob
dem Grünen
Kandem
gabe des St
dem Koch
mehrin scho

Steuerabzug.

Für die Zeit vom 1. bis zum 31. November... Die Finanzämter Dresden-N., Dresden-S., Dresden-Königsbrunn und Dresden-L.

Neu! Bestattungswesen Der Sundosarg bis 50 Proz. Reparatur. Dresden-L., Lillienstraße 2, Ecke Am See.

Br. Sommer: Der babylonisch-bib. Schöpfungsbericht u. d. Wissenschaft. Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, Wettinerplatz 10.

Seidel & Naumann, N.-G. Ihre unfre Arbeiter, die vom 4. bis 17. November nicht gearbeitet haben, erfolgt die Auszahlung der Unterfügung am 20. November 1923.

Seidel & Naumann, N.-G. Metallbetten Stahl-Isotex-Kinderbetten... Bitte Schalplatten sucht gegen neue Noack, Bürgerstr. 8.

Wir suchen für unsere Kartonagenfabrik zu möglichst sofortiger Aufnahme tüchtigen Kartonagenmeister... Berlin-Burger Eisenwerk N.-G., Abtl. Bierlingwerke.

Wir suchen für unsere Abteilung Webbearbeitung zu möglichst sofortiger Aufnahme tüchtigen Klempermeister... Berlin-Burger Eisenwerk N.-G., Abtl. Bierlingwerke.

In unserem Verlage ist erschienen: Gemeindevorordnung und Gemeindevahlordnung für den Freistaat Sachsen. Kaden & Comp., Dresden-N., Wettinerplatz 10.

Gold, Silber u. Platin kauft E. Schmid Ncht., Osw. Hübshmann Goldschmelzmeister, 27 Landhausstrasse 27. Gold- und Silbergegenstände kauft Hermann Schmidt Edelmetallschmelz, Reichsbahnstr. 19.

Fortsetzung der Geschäftlichen Rundschau. Man gehe nicht achtlos vorüber am Lebensmittelhaus Max Gröger, Könneritzstrasse 19, am Wettinerbahnhof.

Bei jeder Wäsche

In das vorherige Einweichen den größten Wert. Gute Einweichen in halbes Wasser! Es wirkt schmutzlösend und zersäuernd und verbürgt sparsamsten Verbrauch des Waschmittels.

Henko

Henko's Wasch- und Bleich-Soda ist das seit Jahrzehnten bewährte unübertroffene Einweichmittel. Zu einem wirtschaftlichen Waschen ist es bei jedem Waschverfahren

unerlässlich!

Vollmilch

hergestellt aus bestem „Krause“-Vollmilch-Pulver markenfrei in allen Verkaufsstellen der DREMA A.-G. vormals Dresdner Milchversorgungs-Anstalt. Abgabe an Wiederverkäufer: Würzburger Straße Nr. 9.

Wir drucken

alles, von den kleinsten bis zu den größten Aufträgen, Ihre Drucksachen erhalten von uns eine packende, werbende Gestaltung in Form und Farbe, wodurch sie sich Beachtung erzwingen aus der Masse der alltäglichen Durchschnitts-Reklame.

Kaden & Comp.

Dresden, Wettinerplatz 10

Edelmetall

Goldbruch - Silberbruch - Gebisse Platin - Zähne - Uhren - Schmucksachen - Bestecke - Barren u. Double kauft täglich Adolf Zimmering, Pirnaische Straße 20.

Agitiert für eure Zeitung!



Rumbo-Seifen-Werke

Alleinhersteller der vorzüglichen Rumbo-Seifen

Vaterland - Lichtspiele. Umstände halber nur noch bis mit Donnerstag! Der mit größter Spannung aufgenommenen und in der ganzen Welt bekannte Roman im Film: Der Graf von Monte Christo. Das große Gesellschafts-Sittendrama Kauft Mariett-Aktien.

Fahrrad-Reparaturen. solid - preiswert Schmeizer Werkstätten, Fabrik Pflanzstr. 55.

Ball-Anzeiger. Dienstag den 20. November: Goldnes Lamm Der große Ball Planischer Lagerkeller. Cl. Nörpel: Aus der Betriebsrätepraxis.

Sport - Spiel - Körperpflege. Fußballergebnisse. 10 Uhr: Fortschritt 1 - Radeberg 1; 10 Uhr: Friedrichstadt 1 - Plauen 1.

Freier Turn- und Sportverein Dresden-N. Die Mitglieder zu dem am Sonntag stattfindenden Wettturnen werden ersucht, diese Woche die Turnstunden pünktlich zu besuchen. Arbeiter-Radfahrerband. Dresden, 21. November (Wochtag).

Richard Hartmann Radeberg, Markt 16 Wollwaren - Trikotagen König-Friedrich-August-Mühlenwerke A.-G. Dölzchen-Dresden

Vertical text on the far right edge of the page, partially cut off.

Der Steuerabzug

Das Landesfinanzamt macht bekannt: Die Verhältniszahl für die Ermäßigungen beim Steuerabzug vom Arbeitslohn für die Zeit vom 1. bis zum 24. November beträgt unverändert wie in der Vorwoche das 800 000fache der in der zweiten Septemberhälfte in Geltung gebliebenen Ermäßigungsätze.

Der Arbeitsmarkt in Dresden

Nach einem Bericht des öffentlichen Arbeitsnachweises in der Woche vom 10. bis einschließlich 16. November eine weitere Verschlechterung auf. Der Zugang an Arbeitsuchenden hat gegenüber den Massentilgungen der vergangenen Woche etwas nachgelassen, doch zeigt der Bestand an Arbeitsuchenden eine weitere Zunahme auf 52 000.

Ein ungetreuer Lagerhalter

Wegen fortgesetzter Unterschlagungen zum Nachteil des Kaufmanns Vorwärts wurde der Lagerhalter Albert Kurt Sobel vom Schöffengericht zu fünfzehn Monaten Gefängnis verurteilt. Sobel hat als Leiter der Filiale in der Kreuzerstraße allerlei Unregelmäßigkeiten begangen.

Die „Gutsche“

Bei wilden Demonstrationen werden Redensarten nicht auf die Goldwaage gelegt. Die meisten der Schimpfen denken sicher gar nicht daran, ihre Drohungen wahr zu machen. Es ist lediglich die „Gutsche“ — einer handelt den andern zu immer wilderen Redensarten auf, die dann vor Gericht zum vollen Beweise gezogen werden und den Angeklagten oft sehr teuer zu stehen kommen.

An unfreie Leser!

Die öffentlichen Kassen und Bankgeschäfte nehmen Geldscheine über keine Kennwerte nicht mehr an. Aus diesem Grunde und auch zur Entlastung der Zeitungsträger und -trägerinnen bitten wir, beim Einfassen der Bezugsgebühren nur mit Geldscheinen von einer Million aufwärts an zu bezahlen.

Verlag der Dresdner Volkzeitung.

Aus dem Fenster gestürzt ist am 15. November in einem an der Brunner Straße gelegenen Hause ein 2 Jahre alter Knabe. Das Kind war in einem unbewachten Augenblick auf das Fensterbrett geklettert und aus dem 4. Stock in den Hof hinabgestürzt.

Am 18. November stießen Arbeiter beim Wurzelroben auf ein vollständiges Skelet, das unter der Wurzel eines etwa 60 bis 70 Jahre alten Aaleerbaumes in etwa einem Meter Tiefe vergraben war. Die Wurzel waren bereits vollkommen in das Skelet hineingewachsen.

Aus einem Grundstück in der Galeriestraße wurden durch Kellerbruch etwa 30 Flaschen verschiedene Biere und Weinbrand gestohlen. Die Polizei warnt vor Ankauf der Sachen.

Eine heftige Tabakgroßhandlung wurde am 16. November von zwei Unbekannten durch Betrug um fünf Kisten Rauchtabak geschädigt. Die Kisten tragen die Bezeichnung C. H. und vermutlich die Nummer 1068.

Dresdner Umgebung

Der Brotpreis auf dem Lande

Jedochmal, wenn der Dollar steigt, entstehen zwischen den Bäckermeistern der ländlichen Orte und den Kaufmännern beträchtliche Differenzen. Denn gewöhnlich berechnen die Bäckermeister das Brot nach einer wesentlich höheren Schälmaßzahl, als sie der Dollarmittelkurs zuläßt.

Diese Handlungsweise mag für die Bäckermeister vielleicht bequem und vor allem rentabel sein, die Konsumenten können sich das aber auf keinen Fall gefallen lassen. In Wildstruß kostet heute ein Vierpfundbrot, zwei Sorten werden dort selten gebakken, 633 Milliarden, also fast soviel wie ein Brot erster Sorte in Dresden.

Wer nun die Verhältnisse auf dem Lande kennt — das Wildstrüßer Beispiel gilt auch für eine ganze Anzahl anderer ländlicher Orte —, muß zugeben, daß bei solchen Brotpreisen die Bäcker unerschütterliche Gewinne einheimen. Der Bäckermeister in der Großstadt muß das teure Mehl kaufen. Auf dem Lande werden vielfach nur die Körner vom Landwirt gekauft und irgendeine Mühle mahlt sie aus.

Nach alter Sitte werden durch die Meie alle Mahlkosten gedeckt. Der Bäcker erhält nach diesem Verfahren für 40 Goldmark 300 Pfund Mehl frei ins Haus. Davon kann er rund 100 Brote backen. Das Mehl für ein Brot kostet also nur circa 40 Pf. Rechnet man weiter für 100 Brote 250 Goldmark für Kohlen, 7 Goldmark für Arbeitslohn, so kommt ein Preis von rund 50 Goldpfennigen für ein Brot heraus.

Die Bäckermeister auf dem Lande werden diese Rechnung angewiesen. Darum sei auf das sogenannte Kaufbrot hingewiesen. Früher wurde gegen vier Pfund Korn ein Vierpfundbrot gebackt. Infolge der hohen Löhne forderten die Bäcker fünf Pfund Korn und jetzt verlangen sie gar sechs Pfund Korn. Sechs Pfund Roggen kosten im freien Handel höchstens 60 Goldpfennig, also 60 Milliarden Mark. Wer also Korn tauscht, spart an einem Brote allein 176 Milliarden Mark. Selbst wenn die Bäcker das Mehl kaufen müssen, brauchen noch lange nicht 536 Milliarden Mark verlangt zu werden.

Ueberall herrscht Arbeitslosigkeit und Not, die Unterschlagungen sind in keiner Weise der Geldentwertung nachgefolgt. Wir brauchen deshalb billiges Brot. Die Bäcker, die anscheinend glauben, mit dem Brote wuchern zu können, müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Der Brotpreis darf sich nur auf den tatsächlichen errechneten Roggenmehrpreisen aufbauen und nur die wirklich entstandenen Unkosten dürfen in Rechnung gestellt werden.

Not kennt kein Gebot

In Cunnersdorf bei Schönfeld und in Wabisnau wurden in mehreren Fällen eine Anzahl Mikabletterschrauben aus Platin gestohlen. Im letztgenannten Orte haben die Spitzhaken den an den Ketten liegenden Hund an demselben vergifteten Fressen hingeworfen, die Tiere hatten alsbald nach dem Genusse eine gelblichrote Wasse bekommen.

Bereins- und Versammlungs-Kalender

Allgemeiner Mietbewohnerverein Dresden, Gruppe Ertlesch-Kollwitz, Ertlesch-Platz 2, Dresden, 21. November, abends 7 Uhr: Besprechung in der Wartburgstraße, Wartburgstraße.

hierauf die umfangreiche Beute nach diesem Hindernis in Sicherheit gebracht. — Unbekannte Diebe ließen in Dörthen bei Dohna einen Fischteich ab und nahen daraus die Karpen. Für Ermittlung der Fischdiebe sind ein Rentner Weigen als Belohnung ausgesetzt worden.

Diebstahl. Auf dem Grundstück des Bauherrn in Dörfchen wurden mindestens 30 Zentner und aus einer Kartoffelfeld in Kopsche gegen 10 Zentner Kartoffeln entwendet. — In Dörfchen wurden von einer Dampfmaschine die Dampfzylinder und alle daran befindlichen sonstigen Teile aus Messing abgehoben und gestohlen.

Diebstahl. In Dörfchen wurde ein großer Posten Kartoffeln und andere Dinge gestohlen. — Größere Kellerbrüche, bei denen Butter, Eier und dergleichen wertvolle Dinge erbeutet wurden, kamen in Dörfchen und Kopsche bei Wildstruß sowie in Dörfchen bei Kommatz zur Ausführung. Im letztgenannten Falle wurden aus dem Keller gegen 3 Zentner Schweinefleisch gestohlen.

Diebstahl. Wassergins und Schleifengestühnen werden vom 1. November an halbmöndlich erhoben. Die Berechnungsgrundlage bleibt die bisherige. Für den Wassergins erfolgt keine Ablesung, es wird vielmehr bis zum Jahresschluß der Ostoberverbrauch zugrunde gelegt.

Aus dem Barteileben

Streifen 2. Mittwoch, vorm. 10 1/2 Uhr, Verwaltungsstung in der Wohnung des Vorsitzenden.

Streifenmann. Unwahrscheinlich bedarf es in Wahren deshalb kein Anlaß bayerische Innennachrichte Erklärung über die Sozialisten werden.

Streifenmann. Unwahrscheinlich bedarf es in Wahren deshalb kein Anlaß bayerische Innennachrichte Erklärung über die Sozialisten werden.

Streifenmann. Unwahrscheinlich bedarf es in Wahren deshalb kein Anlaß bayerische Innennachrichte Erklärung über die Sozialisten werden.

Streifenmann. Unwahrscheinlich bedarf es in Wahren deshalb kein Anlaß bayerische Innennachrichte Erklärung über die Sozialisten werden.

Streifenmann. Unwahrscheinlich bedarf es in Wahren deshalb kein Anlaß bayerische Innennachrichte Erklärung über die Sozialisten werden.

Streifenmann. Unwahrscheinlich bedarf es in Wahren deshalb kein Anlaß bayerische Innennachrichte Erklärung über die Sozialisten werden.

Streifenmann. Unwahrscheinlich bedarf es in Wahren deshalb kein Anlaß bayerische Innennachrichte Erklärung über die Sozialisten werden.

Streifenmann. Unwahrscheinlich bedarf es in Wahren deshalb kein Anlaß bayerische Innennachrichte Erklärung über die Sozialisten werden.

Streifenmann. Unwahrscheinlich bedarf es in Wahren deshalb kein Anlaß bayerische Innennachrichte Erklärung über die Sozialisten werden.

Streifenmann. Unwahrscheinlich bedarf es in Wahren deshalb kein Anlaß bayerische Innennachrichte Erklärung über die Sozialisten werden.

Streifenmann. Unwahrscheinlich bedarf es in Wahren deshalb kein Anlaß bayerische Innennachrichte Erklärung über die Sozialisten werden.

Streifenmann. Unwahrscheinlich bedarf es in Wahren deshalb kein Anlaß bayerische Innennachrichte Erklärung über die Sozialisten werden.

Streifenmann. Unwahrscheinlich bedarf es in Wahren deshalb kein Anlaß bayerische Innennachrichte Erklärung über die Sozialisten werden.

Streifenmann. Unwahrscheinlich bedarf es in Wahren deshalb kein Anlaß bayerische Innennachrichte Erklärung über die Sozialisten werden.

Streifenmann. Unwahrscheinlich bedarf es in Wahren deshalb kein Anlaß bayerische Innennachrichte Erklärung über die Sozialisten werden.

Streifenmann. Unwahrscheinlich bedarf es in Wahren deshalb kein Anlaß bayerische Innennachrichte Erklärung über die Sozialisten werden.

Streifenmann. Unwahrscheinlich bedarf es in Wahren deshalb kein Anlaß bayerische Innennachrichte Erklärung über die Sozialisten werden.